



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 12.09.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 17. September 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.07.2024

Bereich Gesundheit

2. 24-A-83-0005

Vorstellung des Auf- und Umbaus des Gesundheitsamtes seit Corona

3. 24-F-16-0011

Mpox in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion BLW-ULW-Wardak vom 11.09.2024 -

Mpox wurde am 14.08.2024 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als "Notlage von internationaler Tragweite" eingestuft.

Vor diesem Hintergrund und der gemeldeten Fälle in Deutschland

möge der Ausschuss beschließen:

der Magistrat wird gebeten:

einen Bericht zu erstellen und darüber zu informieren, ob und gegebenenfalls wie viele Fälle von Mpox in Wiesbaden bisher festgestellt wurden.

Der Bericht sollte folgende Punkte umfassen:

1. Aktueller Stand der Mpox-Fälle in Wiesbaden:

- o Anzahl der gemeldeten Fälle von Mpox in Wiesbaden, falls vorhanden.
- o Informationen zu möglichen Verdachtsfällen und den bisher getroffenen Maßnahmen.

2. Maßnahmen im Falle bestätigter Fälle:

- o Übersicht über die durchgeführten oder geplanten Maßnahmen zur Prävention und Eindämmung von Mpox in Wiesbaden, falls Fälle bestätigt wurden.

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung - Teil 1

4. 23-F-65-0002

ANLAGE

Einführung des Gewerbeflächenkatasters beschleunigen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 25.01.2023 -
- Beschluss Nr. 38 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 14.03.2023 -
- Vorstellung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes -

Bereich Digitalisierung

5. 24-A-83-0002

Bericht des Informationssicherheitsbeauftragten

6. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung - Teil 2

7. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen

7.1 24-F-63-0002

ANLAGE

Zukunft Galeria Karstadt Kaufhof in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt -
- Beschluss Nr. 6 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 30.01.2024 -

7.2 24-F-63-0006

ANLAGE

Handwerk trifft Innovation: Erarbeitung einer Wiesbadener "Handwerksagenda 2030"

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 31.01.2024 -
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 32 vom 07.02.2024 -

8. 24-F-22-0054

Flexible Arbeitsformen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 11.09.2024 -

Durch technologische Fortschritte, gesellschaftliche Veränderungen und den demografischen Wandel hat die Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten eine tiefgreifende Transformation erlebt. Flexible Arbeitsformen wie Homeoffice und Co-Working-Spaces sind mittlerweile Bestandteile der modernen Arbeitskultur - zusätzlich verstärkt durch die Corona-Pandemie. Arbeitgeber stehen vor der Herausforderung, durch flexible Arbeitszeiten, ortsunabhängiges Arbeiten und die Nutzung moderner Technologien wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden kann durch die Förderung dieser Arbeitsmodelle sowohl die Attraktivität als Arbeits- und Wohnort steigern als auch ökonomische und ökologische Vorteile für die Stadt realisieren.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. wie weit die Landeshauptstadt Wiesbaden mit der Implementierung von Homeoffice-Strukturen fortgeschritten ist.
 - a. Wie hoch ist der Anteil der Mitarbeitenden in den verschiedenen Dezernaten, die regelmäßig Homeoffice nutzen? Wie hat sich der Anteil seit der Corona-Pandemie entwickelt?
 - b. Gibt es Unterschiede in der Homeoffice-Nutzung zwischen den Dezernaten? Falls ja, worauf sind diese Unterschiede zurückzuführen?
 - c. Sind die einzelnen Dezernate bereits komplett technisch ausgestattet, um Homeoffice flächendeckend effizient zu ermöglichen?
 - d. Welche Anpassungen wurden aufgrund der Ergebnisse der Befragung der Mitarbeitenden zum Homeoffice aus November 2020 vorgenommen? Ist erneut eine Umfrage bezüglich der Zufriedenheit mit der Homeoffice-Nutzung geplant?
2. wie viele Co-Working-Spaces es aktuell in Wiesbaden gibt und wo sie sich befinden.
 - a. Wie viele Unternehmen nutzen Co-Working-Spaces?
 - b. Welche Erfahrungen hat die Stadt bislang mit Co-Working-Spaces und deren Auslastung gemacht?
 - c. Gibt es derzeit konkrete Pläne zur Errichtung neuer Co-Working-Spaces? Wenn ja, in welchen Stadtteilen?

9. 24-F-16-0012

Film- und Medienbranche stärken und weiter ausbauen

- Antrag der Fraktion BLW-ULW-Wardak vom 11.09.2024 -

Die Film- und Medienbranche trägt erheblich zur wirtschaftlichen und kulturellen Vielfalt in Wiesbaden bei. Um diese Bedeutung zu erhalten und weiter auszubauen, ist es notwendig kontinuierlich Maßnahmen zu ergreifen, die die Attraktivität der Stadt als Filmstandort stärken. Bereits bestehende Maßnahmen zur Unterstützung der Filmbranche sollen gezielt ausgebaut und deren Bekanntheit gesteigert werden. Gleichzeitig ist es sinnvoll, die bisherigen Anstrengungen und deren Wirkung zu evaluieren, um auf dieser Grundlage neue, zielgerichtete Schritte zu planen.

Durch die Optimierung der Genehmigungsverfahren und die Förderung eines besseren Austauschs zwischen Verwaltung und Filmschaffenden kann Wiesbaden seine Position als attraktiver Filmstandort weiter festigen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. die zuständige Verwaltungsstelle zu beauftragen, die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren aus der Filmbranche Maßnahmen zur weiteren Stärkung Wiesbadens als Standort für Filmproduktionen zu entwickeln. Dabei soll auf bereits bestehende Maßnahmen aufgebaut und deren Wirkung evaluiert werden.

2. Es soll geprüft werden, inwiefern bestehende Genehmigungsverfahren für Filmproduktionen in Wiesbaden optimiert werden können, um eine noch schnellere und effektivere Abwicklung zu gewährleisten. Ein Anforderungskatalog könnte als Orientierungshilfe dienen, um Bedürfnisse der Filmschaffenden besser zu berücksichtigen.
3. Es sollen Strategien entwickelt werden, um die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen für Filmschaffende bekannter zu machen und deren Zugänglichkeit zu verbessern.

10. 24-F-69-0025

ANLAGE

Vollautomatisierte Kleinmärkte in Wiesbaden ansiedeln

- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 21.03.2024 -
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 79 vom 21.03.2024 -

Bereich Allgemeines:

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-V-82-0017

DL 20/24-1

Anpassung des Kostendeckungsgrades für die Märkte der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Bericht des Dezernates II vom 18.06.2024 -

2. 23-F-63-0072

Lokales Gründerökosystem wirkungsvoll entwickeln

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.05.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 01.07.2024 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

3. 24-F-63-0064

Versorgungssituation von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.06.2024 -
- Bericht des Dezernates IV vom 15.07.2024 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

4. 24-F-72-0001

Missbrauch von Lachgas als Droge

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 26.06.2024 -
- Bericht des Dezernates IV vom 15.07.2024 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

5. 24-V-02-0008

DL 22/24-1

Digitales Leitbild

6. 24-V-15-0002

DL 22/24-5

Fahrplan zur digitalen Transformation der Stadtverwaltung Wiesbaden

7. 24-V-50-0013

DL 22/24-2 NÖ, 21/24-6

Beitritt zur Gesellschaft Kompetenz für kommunale Innovation + Digitalisierung eG (K4K eG) und Erwerb von Genossenschaftsanteilen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende